

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch**Protokoll****Stadtrat von Thun****Sitzung 2/2014 vom 13. Februar 2014, 17:00 Uhr, Rathaus Thun**

Anwesend**Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Ryser-Liebi
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Thomas Marghitola, Sandra Ryser-Liebi, Daniel Schenk, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Renate Schneider

Entschuldigt

Stadträtinnen Susanna Ernst, Nora Läng und Sandra Rupp Gyger sowie Stadträte Manfred Locher und Reto Schertenleib

Schluss der Sitzung

18:15 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

11. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 17. Januar 2014

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

12. Interpellation I 13/2013 betreffend Schulraumplanung Seefeld/Schadau

Fraktion der Mitte vom 22. August 2013; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Jonas-Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Als Vater von Kindern, die den Seefeldkindergarten besucht haben, hat er die Missstände (ungenügende Isolation, mangelhafte Bausubstanz, mangelnde Garderoben, trostloser Anblick) im Provisorium selber feststellen können. In Zeiten knapper finanzieller Mittel sollte zunehmend Wert auf Nachhaltigkeit statt auf Konsum gelegt werden. Investitionen in die Menschen sind wichtig. Die Fraktion ist sich bewusst, dass neben dem Seefeldkindergarten auch andere dringende Projekte anstehen und Prioritäten gesetzt werden müssen. Zugunsten der Thuner Kinder ersucht die Fraktion um eine schnellere Realisierung einer angemessenen Lösung für den Seefeldkindergarten.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, erachtet die Schulraumplanung als sehr schwierig und komplex. In einem Gebiet, wo sich ein Generationenwechsel vollzieht, ist diese Aufgabe besonders schwer. Für die bisherigen massvollen, wohlüberlegten Schritte dankt die Fraktion, ist jedoch der Ansicht, dass baldmöglichst zeitgemässe Räumlichkeiten zur Verfügung stehen sollten. Es handelt sich um eine sinnvolle Investition in das Wohl der Kinder.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, macht auf die Primarschule aufmerksam, welche im gleichen Gebäude untergebracht ist wie der Kindergarten und mit den gleichen Problemen zu kämpfen hat. Die Fraktion bemängelt die zu langsame Schulraumentwicklung. Die Komplexität der Sachlage ist unbestritten, jedoch drängt sich nun eine rasche Projektplanung auf. Ein allfälliger Schulhausneubau sollte unter Einbezug des Schulhauses Hohmad betrachtet werden, welches ebenfalls sanierungsbedürftig ist. Es erscheint zwar sinnvoll, das Areal des Seefeld Gymnasiums als mögliche Variante zu überprüfen, jedoch zweifelt die Fraktion an einer Realisierung innerhalb von acht Jahren. Der Fraktion ist es wichtig, dass alle möglichen Optionen geprüft werden und möglichst bald mit einer konkreten Planung begonnen werden kann. Die weiteren Schritte werden mit grossem Interesse verfolgt.

Für **Gemeinderätin Ursula Haller** ist die unbefriedigende Situation im Seefeldkindergarten unbestritten. Der Gemeinderat hat transparent über die Ausgangslage und die weitere mögliche Entwicklung informiert. Die Antwort ist keineswegs eine leere Worthülse. Die Schulraumplanung ist gesamtschweizerisch ein zentrales Thema. Wie optimal auf Zu- und Abwanderungen in Quartieren reagiert werden kann, ist ein Dauerthema. Das Protokoll der Besprechung vom 18. Oktober 2013 mit Kantonsvertretern bezüglich der zu schliessenden Gymnasiumsbauten liegt in schriftlicher Form vor. Die bestehenden Bausubstanzen im Seefeld Gymnasium stehen teilweise unter Denkmalschutz. Zur Zeit klärt die Verwaltung die Eignung der Räumlichkeiten ab. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass bei einem allfälligen Neubau auch die Situation des Schulhauses Hohmad miteinbezogen werden muss.

13. Interpellation I 12/2013 betreffend Gemeinschaftsgärten, eine Fläche für Urban Gardening in Thun

Grüne-Fraktion vom 22. August 2013; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Antwort, welche die Fraktion teilweise befriedigt. Die Beantwortung der ersten Frage lässt vermuten, dass sich der Gemeinderat nicht vollständig bewusst ist, was die Idee der Gemeinschaftsgärten oder von Urban Gardening ist. Form und Art der Gärten haben sich im Laufe der Zeit stark verändert. Infolge des hektischen Lebensstils und zu knappen Zeitressourcen pflegen heute weniger Menschen einen eigenen Garten. Die Sehnsucht der städtischen Bevölkerung nach dem Einfachen und Verständlichen, nach dem Zurück zur Natur, wächst. Mit Gemeinschaftsgärten kann die Gartenarbeit auf mehrere Schultern verteilt und die Freude am Gärtnern zusammen genossen werden. Die Gemeinschaftsgärten erfüllen den Wunsch der städtischen Bevölkerung nach Gemeinsamkeit und einem gewissen Mass an selbstbestimmter Nahrungsmittelproduktion. Gemeinschaftsgartenprojekte verknüpfen gärtnerische, ernährungspolitische, ökonomische, soziale, künstlerische wie auch stadtgestalterische Elemente. Zur Beantwortung von Frage drei bemerkt Stadträtin de Meuron, dass Privatgärten meistens zu klein für einen Gemeinschaftsgarten sind. Sie macht darauf aufmerksam, dass Gemeinschaftsgärten nicht a priori von der unmittelbar beim Garten wohnenden Bevölkerung benutzt werden, sondern ein Ort der Begegnung sein sollen. Das Seefeldquartier liegt zentral, verfügt über Schulen und direkt beim Parkfeld Niesenstrasse-Schadaustrasse liegt das Kompetenzzentrum für Integration, welches auch spannende Möglichkeiten - wie beispielsweise ein interkulturelles Gemeinschaftsgartenprojekt - bieten könnte. Frau de Meuron macht auf diverse erfolgreiche Gemeinschaftsgartenprojekte aufmerksam: „Prinzessinnengarten“ in Berlin, „Frau Gerolds Garten“ in Zürich, mobile Gemüsegärten der Stadtgärtnerei Bern oder „Occupy your wrists“ in Biel. Ein ähnliches Projekt in Thun realisieren zu können, wäre erfreulich.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, unterstreicht den Unterschied von Urban Gardening zum ehemaligen Familiengartenverein Thun-Süd oder zu den Schrebergärten im Schorengebiet. Urban Gardening ist die meistens kleinräumige, gärtnerische Nutzung von städtischen Flächen innerhalb des Siedlungsgebietes oder in der direkten Umgebung. Das Bestreben, eine andere Art von Lebensqualität zu gestalten, ist in der städtischen Bevölkerung vorhanden. Als Migrationsprojekt könnte die gemeinschaftliche Gartenarbeit auch integrative Wirkung haben. Herr Blaser weist auf die Wichtigkeit der Zugänglichkeit zum Gemeinschaftsgarten hin. Aus diesem Grund sind Projekte auf öffentlichem Grund vorzuziehen. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Überprüfung der Gemeinschaftsgärten als mögliche Zwischennutzung auf dem Areal der Schadaugärtnerei.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth betont, dass der Gemeinderat das Bedürfnis der Bevölkerung nach Urban Gardening zur Kenntnis genommen hat. Mit dem heutigen Wissensstand würde in der Beantwortung die Unterscheidung zwischen Familiengärten und Urban Gardening allenfalls präziser ausfallen. Sie anerkennt das Engagement für den Garten auf dem Viehmarktplatz. Dieses Projekt ist von der Bevölkerung sehr geschätzt und respektiert worden.

14. Interpellation I 14/2013 betreffend Fracking in der Region Thun

Sabine Kaufmann und Mitunterzeichnende vom 22. August 2013; Beantwortung

Sabine Kaufmann (SP) ist mit der Antwort zufrieden und verzichtet auf eine Diskussion.

15. Postulat P 11/2013 betreffend Errichtung eines regionalen Babyfensters am Spital Thun

BDP-Fraktion vom 19. September 2013; Beantwortung

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Stellungnahme, aus der die Fraktion eine eher mässige Begeisterung für die Annahme des Postulats vermutet. Die Postulantin ist sich bewusst, dass ein Babyfenster mit Investitionen verbunden ist, es eine laufende Überwachung braucht und es nur in wenigen Fällen zum Einsatz kommen würde. Die Fraktion hat sich auch überlegt, ob ein Babyfenster überhaupt in die politische Agenda gehört. Im Vorfeld zum Postulat hat sich die Fraktion mit den Verantwortlichen des Spitals Thun in Verbindung gesetzt, um das Anliegen eines Babyfensters zu diskutieren. Da das Resultat ernüchternd ausfiel, hat die Fraktion sich zur Einreichung eines Vorstosses entschieden. Von der Errichtung eines Babyfensters im Lindenhofspital Bern hat die Postulantin Kenntnis genommen. Trotz der geringen Distanz zum Lindenhofspital ersucht die Fraktion um Überweisung des Postulats, damit Müttern und Kindern in schwierigen Situationen geholfen werden kann.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, unterstützt das Postulat. Mit dem Kriterium von mindestens 40 Kilometern zum nächsten Babyfenster liegt das Spital Thun als Standort wohl zu nahe bei Bern. Das Oberland wäre besser vertreten, wenn ein Babyfenster in einer anderen Gemeinde, beispielsweise in Interlaken, errichtet würde.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, betont, dass Lösungen für das Problem von Müttern in einer extremen Notlage wichtig sind. Die Risiken für ein ausgesetztes Neugeborenes sind hoch. Aber auch mit einer Babyklappe können nicht alle Aussetzungen verhindert werden. In Deutschland geht die Tendenz hin zu anonymen Geburten, was jedoch in der Schweiz nicht erlaubt ist. Das nächste Babyfenster befindet sich in 30 Kilometern Distanz zu Thun, ist gut erschlossen und erscheint daher als zumutbar. Babyfenster sind sinnvoll, sollten jedoch im Verhältnis zu den glücklicherweise sehr geringen Fallzahlen nur in begrenzter Anzahl errichtet werden. Die SP-Fraktion hat intern Stimmfreigabe beschlossen.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, beurteilt die Wünsche nach einem Babyfenster als legitim und unterstützungswürdig. Aber auch mit Babyfenstern können Kindstötungen und Aussetzungen leider nicht verhindert werden. Die Mütter befinden sich in einer absoluten Ausnahmesituation. Aufgrund der Nähe zum Babyfenster im Lindenhofspital ist Thun nicht als Standort für ein weiteres Babyfenster gegeben. Die Fraktion stellt den Antrag zur Annahme und gleichzeitiger Abschreibung des Postulats.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, unterstützt das Postulat vorbehaltlos und dankt dem Gemeinderat für die Stellungnahme. Argumente gegen ein Babyfenster erübrigen sich, da es um schwangere Frauen in einer Notsituation geht.

Der Rat nimmt das Postulat mit 28 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen an.

Der Rat schreibt das Postulat mit 19 zu 16 Stimmen ab.

16. Interpellation I 17/2013 betreffend Mitgliedschaften der Stadt Thun

Lukas Lanzrein (SVP), Carlo Schlatter (SVP) und Mitunterzeichnende vom 24. Oktober 2013; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Lukas Lanzrein (SVP) ist von der Antwort teilweise befriedigt. Er dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und erläutert die Ziele des Vorstosses. Das erste Ziel, der Öffentlichkeit eine Übersicht über die Mitgliedschaften zu verschaffen, ist erreicht worden. Die fünf kostenintensivsten Mitgliedschaften sind in der Antwort des Gemeinderates beziffert worden und die zuständige SAKO hat ein Verzeichnis mit allen Mitgliedschaften der Stadt erhalten. Das zweite Ziel, eine Diskussion über Sinn und Unsinn von gewissen

Mitgliedschaften anzuregen, ist nicht erreicht worden. Der Gemeinderat hält fest, dass es aus seiner Sicht keine überflüssigen Mitgliedschaften in der Stadt Thun gibt. Herr Lanzrein zählt einige Mitgliedschaften aus dem Verzeichnis auf, die der Interpellantin nicht zwingend notwendig erscheinen. Die Stadt unterhält insgesamt 131 Mitgliedschaften. Eine strategische Ausrichtung oder ein roter Faden ist für die Interpellanten im Mitgliedschaftsverzeichnis nicht ersichtlich. Es handelt sich eher um eine historisch gewachsene Liste, die über die Jahre hinweg nie ernsthaft auf unnötige Mitgliedschaften überprüft worden ist. Die Interpellanten wünschen sich vom Gemeinderat eine seriöse Überprüfung aller Mitgliedschaften. Hierbei ist auch der Return on Invest zu berücksichtigen, also der Nutzen aus einer Mitgliedschaft für die Stadt. Der Gemeinderat stellt in seiner Antwort fest, dass er kein Sparpotenzial bei den Mitgliedschaften erkennen kann. Stadtrat Lanzrein macht darauf aufmerksam, dass jeder Franken, der überflüssig ausgegeben wird, ein Franken zu viel ist.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, vertraut dem Gemeinderat, entscheiden zu können, welche Mitgliedschaften sinnvoll sind. Die Fraktion erachtet das Verzeichnis als ausgewogen. Sie legt Wert darauf, dass sich die Stadt als solidarischer Partner zeigt.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die umfassende, seriöse Beantwortung und für die wohl aufwendige Erstellung des Verzeichnisses. Die Fraktion interessiert sich für die Entwicklung der Mitgliedschaften. Sie beurteilt den Aufbau und die Erhaltung eines Netzwerkes in relevanten Bereichen als wichtig. Das Hauptkriterium für die Relevanz sollte der Mehrwert für die Stadt sein. Die Fraktion kann keinen roten Faden im Mitgliedschaftsverzeichnis erkennen. Der Nutzen der Mitgliedschaften sollte periodisch nachgewiesen werden. Die letzte Überprüfung fand vor sechs bis sieben Jahren statt, was als zu lange erscheint. Zudem schlägt die Fraktion einen Kriterienkatalog für die periodische Überprüfung vor.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, macht auf die fünf kostenintensivsten Mitgliedschaften aufmerksam, welche sich nicht einsparen lassen und 78 % der Gesamtkosten ausmachen. Die Fraktion vertraut dem Gemeinderat, dass er die restlichen Mitgliedschaftsbeiträge, welche sich nicht auf der Flughöhe des Stadtrates befinden, unter Kontrolle hat.

17. Interpellation I 16/2013 betreffend Sozialhilfe für Stellensuchende aus der EU

Konrad Hädener (CVP) vom 19. September 2013; Beantwortung

Herr Hädener (CVP) ist von der Antwort teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Stadtrat Hädener hält fest, dass er zu den Befürwortern der Personenfreizügigkeit gehört. Dem Gemeinderat dankt er für die geradlinigen und umfassenden Antworten. Im Kanton Bern besteht offensichtlich eine gewisse Einheitlichkeit in der Praxis. Nachvollziehbar ist, dass Stellensuchende mit einer gültigen Aufenthaltsbewilligung Anspruch auf eine gewisse Unterstützung haben. Wieso Kurzaufenthalter L immer wieder unterstützungsbedürftig werden, erscheint hingegen weniger nachvollziehbar, da eine Voraussetzung für die Erteilung dieser Bewilligung eine genügende finanzielle Absicherung ist. Dass der Bundesrat im Januar 2014 Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung erlassen hat, spricht für sich. Der springende Punkt seines Votums, so Stadtrat Hädener, ist das Fazit des Gemeinderates, dass arbeitssuchende EU-Zuzüger für die Stadt Thun kein Problem darstellen. Mit dieser Aussage ist er nicht einverstanden. Missbrauchsfälle, die in Medienberichten erscheinen, sind unter anderem in einigen Gemeinden mitverantwortlich für Diskussionen über die Kürzung von Sozialhilfeleistungen oder über die Abwendung von den SKOS-Richtlinien. Herr Hädener macht auf die Ventilklausel aufmerksam, welche der Bundesrat im Frühling 2013 mit der EU vereinbart hat. Seither besteht für die B-Bewilligungen eine Kontingentierung. Seine Erfahrungen als Arbeitgeber mit der Kontingentierung resp. mit der Überprüfung des Kontingentes durch die Kantons- und Bundesbehörden sind ernüchternd. Trotz mehrmaligen Abklärungsversuchen konnte er bei den zuständigen Stellen nicht herausfinden, ob das Kontingent ausgeschöpft ist. Die kollektive Behördenpraxis im Umgang mit der Personenfreizügigkeit ist nach Ansicht von Stadtrat Hädener mitverant-

wortlich für die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, da der Unmut der Bevölkerung über Missbräuche gross ist.

Daniel Schenk, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. In Thun gab es lediglich vier Fälle, daher scheint das Problem nicht wesentlich zu sein. Dass der Bundesrat im Januar 2014 Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung erlassen hat, macht jedoch hellhörig. Es gibt Kantone, welche an stellensuchende EU-Bürger mit L-Ausweis keine Sozialhilfegelder ausrichten. In anderen Kantonen können die Stellensuchenden mit gleichem Ausweis bereits nach kurzer Zeit Sozialhilfe beziehen. Das Vorgehen des Bundesrates wird begrüsst, da ein schweizweit einheitlicher Vollzug sehr wichtig ist.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Stellungnahme. Die SP-Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, dass in der Stadt Thun diesbezüglich kein Handlungsbedarf besteht. Auf nationaler Ebene wird die Sozialhilfe für stellensuchende EU-Bürger vom Bundesrat in Angriff genommen. Man erhofft sich eine baldige Klärung.

Gemeinderat Peter Siegenthaler weist auf das Fazit des Gemeinderates hin, welches aussagt, dass stellensuchende EU-Zuzüger für die Stadt Thun aktuell kein Problem darstellen. Das Wort „aktuell“ hat der Interpellant beim Zitat des Fazits ausgelassen. Der Gemeinderat verfolgt die Situation aufmerksam weiter. Gemeinderat Siegenthaler legt Wert auf die Präzisierung, dass nicht jeder der Sozialhilfe bezieht, dies missbräuchlich tut.

18. Fragestunde F 01/2014 betreffend Gesamtanierung der Schulanlage Pestalozzi. Arbeitsvergabe

BDP-Fraktion vom 10. Februar 2014; Beantwortung

Die Frage F 01/2014 wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger verliest die Demissionsschreiben von Stadtrat Heinz Schürch und Stadträtin Suzanne Albrecht per Ende März 2014.

Die Stadtratspräsidentin verabschiedet Thomas Marghitola (BDP) und dankt ihm für die aktive politische Beteiligung. Sie wünscht Herrn Marghitola auf dem weiteren Lebensweg in familiärer, beruflicher und politischer Hinsicht alles Gute.

Die Stadtratspräsidentin erinnert an den Skitag von Samstag, 1. März 2014. Weitere Anmeldungen werden gerne entgegen genommen.

Eingänge

- Motion zur Anpassung des Baureglementes betreffend die Bewilligung von Mobilfunk-Sendeanlagen; Alfred Blaser (SP) und Mitunterzeichnende vom 13. Februar 2014
- Postulat betreffend Anhebung der Schwellenwerte im Vergabeverfahren der Stadt Thun; BDP-Fraktion vom 13. Februar 2014

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Sandra Ryser-Liebi

Remo Berlinger